

Berlin, den 02.03.2014

AfA – Reinickendorf

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
Der Landesparteitag möge beschließen:

„Gute Arbeit“ in Berlin umsetzen

Der Landesvorstand der SPD wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe „Gute Arbeit in Berlin“ unter Leitung der AfA, und Mitgliedern des Senats und der Abgeordnetenhausfraktion innerhalb von 4 Monaten einzurichten.

Ziel ist, die Umsetzung der unter dem Begriff „Gute Arbeit“ verstandenen Prinzipien, im Verantwortungs- und Einflussbereich der SPD – im öffentlichen Dienst, bei landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, öffentlich geförderten Projekten, bei öffentlich vergebenen Aufträgen und staatlich geförderter Arbeit – zu evaluieren, begleiten und politisch zu bewerten. Hierbei sollen die auf dem Landesparteitag vom Mai 2013 im Antrag 03/II/2013 beschlossenen Kriterien für „Gute Arbeit“ angewandt und umgesetzt werden.

Begründung:

Prekäre Arbeit nimmt einen immer größer werdenden Anteil der Arbeitsplätze ein. Berlin ist hierbei auch die Hauptstadt der prekären Arbeit. Ein Großteil der in Berlin angebotenen Arbeit fällt unter diese Kategorie. So ist es nur zu begrüßen, dass die SPD sowohl auf Bundesebene, wie auch auf Landesebene, sich dieses für die Menschen so wichtigen Themas annimmt und damit ihre Verantwortung zeigt. **Soziale Verantwortung und Gerechtigkeit waren die zentralen Anliegen bei der Gründung der SPD und sind es noch heute!**

So wird auf Bundesebene und im Bundestag zu Recht ein Mindestlohn gefordert, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die Erschwerung von Befristungen mit Sachgrund, die Abschaffung bzw. Neuregelung des Minijobs, die Erschwerung von Scheinwerkverträgen und einiges mehr.

Auf Landesebene ist ausdrücklich die im Rahmen der Kampagne „BerlinArbeit“ beworbene „gute Arbeit“ zu begrüßen.

Dazu ist es zwingend notwendig, sowohl für die eigene Glaubwürdigkeit der SPD, wie für das Wohl der Menschen, in den eigenen Verantwortungsbereichen das Prinzip der „guten Arbeit“ auch umzusetzen. Von der privaten Wirtschaft Maßnahmen und gesellschaftliche Verantwortung zu verlangen, welcher man sich im eigenen Verantwortungsbereich entzieht, **kann und darf nicht Politik der SPD sein!**

Dies hat der Landesparteitag auch in mehreren Anträgen (zuletzt auf dem Landesparteitag im Mai 2013) deutlich gemacht. Dennoch wird im großem Umfang in landeseigenen Betrieben gegen das Prinzip „gute Arbeit“ verstoßen.

Es bedarf einer gründlichen Evaluierung, in welchem Ausmaß (sowohl in der Quantität, wie in der Qualität) gegen die Prinzipien der „guten Arbeit“ im Einflussbereich der SPD verstoßen wird und welche Maßnahmen ergriffen werden

müssen, um dies zu verhindern. Hierfür ist die Einrichtung einer Kommission auf Landesebene notwendig.